

Der Januskopf: 17. Juni 1953



Der so genannte *Januskopf* gilt als Symbol der Zwiespältigkeit



Stolze Brigade

Die Zwiespältigkeit des 17. Juni 1953 bestand darin die Lehren aus den Ereignissen zu ziehen, Nach vorn: Die Massen durch ihre eigenen Erfahrungen im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts zu erziehen. Oder rückwärts gewandt: ein funktionales Verhalten zu den werktätigen Massen einzunehmen, sie als Manövriermasse zu betrachten. Sie sollen nur die „richtigen Losungen“ der Partei aufgreifen. Dies wäre die revisionistische Linie: die Parteimitglieder, die Werktätigen, die Intellektuellen, die Bauern usw. werden nicht in die Lage zu versetzen, aktiv an der Erörterung und Entscheidung aller Fragen der Parteilinie und Parteientwicklung teilzunehmen, sondern sie werden zu Befehlsempfängern der Führung degradiert. Dazu bedarf es auch eines umfassenden Überwachungsapparates. 1990 kam es zum Anschluss an die BRD. Die richtigen Lehren aus den Ereignissen 1953 zu ziehen, bedeutet auch einen erneuten sozialistischen Anlauf in Deutschland zu starten ...

Der Chef der sogenannten Stasi-Unterlagenbehörde Jahn fordert Feiertag am 17. Juni - aber kein Tag der Befreiung 8. Mai 1945

Erneut ist eine Debatte über den Bronzekopf im Berliner Ernst-Thälmann-Park in Prenzlauer Berg entbrannt. Die Jungen Liberalen Nordost, die Jugendorganisation der FDP, fordern, das Thälmann-Denkmal „schnellstmöglich abzureißen“. Eine vorerst symbolische Sprengung des Denkmals wurde am 15. Juni durchgeführt. Vor einiger Zeit sprachen sich berüchtigte Demagogen und Antikommunisten wie Philipp Mißfelder und Hubertus Knabe, Direktor der sogenannten „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“, für ein Verbot von DDR-Symbolen aus. Die NPD versuchte am Thälmann-Denkmal in Chemnitz eine „17. Juni“ Kundgebung durchzuführen. Und wie so häufig wurden diese Antikommunistische Aktionen von der Polizei geschützt.

Nach über Zwanzig Jahren des Zusammenbruchs der DDR erfährt der Antikommunismus einen neuen hysterische Höhepunkt. Zwar wurde seit den 90iger Jahren immer wieder verkündet das der Kommunismus tot sei und niemand interessiert sich dafür. Zu keinem Zeitpunkt aber handelten die Herrschenden entsprechend. Die Furcht vor eine politische Wende wirkte weiter. Der vom Kapital gefeierte „Triumph der Marktwirtschaft“ in der DDR zeigte die unlösbaren Probleme und tiefen Widersprüche des Kapitalismus, den Keim seines unvermeidlichen Untergangs. „Keinen wird es schlechter gehen“, „Blühende Landschaften“, „Wirtschaftswunder“ usw. waren die Parolen, um ein DDR-Anschluß mit zu bewerkstelligen. Massenarbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Abwanderung, und dann Hartz IV, Ein-Euro-Jobs und Leiharbeit wurden für Millionen Alltag.

Gesteigerte Arbeitsproduktivität auf der einen Seite und Reallohnverlust auf der anderen Seite, Abbau von Sozialleistungen, Renteneinschnitte bzw. Erhöhung des Renteneintritts wurden bundesweit durchgesetzt.

Die Unzufriedenheit der Massen ist eine Realität und bedeutet für die Herrschenden ein Warnsignal und schürt Angstzustände. Ob Griechenland, Spanien, Italien, die Arabischen Länder oder aktuell die Türkei und Brasilien. Streiks, Revolten, Volksaufstände, sie zeigen das große Teile der Bevölkerung so nicht mehr weiterleben wollen. Die Angst der Herrschenden wächst. Brutal wird gegen die Bevölkerung vorgegangen. Gesetze werden geändert. Die Überwachung und Bspitzelung erreicht neue Höhen.

Die „Staatsreligion“ Antikommunismus verliert ihre Wirkung. Die Perspektive im Kapitalismus schwindet und es werden Alternativen gesucht. Diese sind oftmals illusionistisch, mit vielerlei Träumen verbunden, aber die Suche geht weiter. Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien haben immer weniger Einfluss auf das Geschehen.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni 1953 - 2013 gab es eine Reihe von Veranstaltungen, Buchlesungen und öffentliche Ausstellungen. Funk und Fernsehen sendeten täglich politische Propagandafilme.

Auffällig an der Berichterstattung war: Westdeutschland, die NATO usw. kommen in diesem „Volksaufstand“ nicht vor! Tunlichst wurden Vergleiche mit den aktuellen Aufständen in der Türkei und Brasilien gemieden. Gleiches gilt den Spitzelein im Internet. Die Überwachung des Netzes, die Missachtung des Datenschutzes hat Ausmaße angenommen von denen Mielke nicht einmal träumen konnte.

SED, Polizei, Rote Armee, Panzer und Freiheitswillen - das war der Tenor der Berichte.

Die tatsächlichen Hintergründe der Ereignisse um den 17. Juni wurden weitgehend ausgeblendet.

Die von der SED-Spitze einseitig dekretierten Erhöhungen der Arbeitsnormen, die u.a. zur Krise im Juni 1953 führten, waren ein voluntaristischer Versuch, die Probleme zu lösen, die sich aus dem übereilten Beschluß der II. Parteikonferenz der SED ergeben hatten; (Aufbau des Sozialismus in der DDR) doch dieser Versuch sollte sich als Bumerang erweisen: Die Probleme wurden noch größer. Besonders verheerend und für den Aufbau des Sozialismus absolut tödlich war, daß dauerhaft ein scharfer Riß zwischen Partei und Klasse entstand. Das war nicht in erster Linie Folge der Normerhöhungen an sich - dieser Fehler war korrigierbar, und er wurde auch korrigiert. Es war Folge dessen, daß die Partei sich angemaßt hatte, diese Erhöhungen ohne jegliche Diskussion mit der Klasse zu beschließen und daß sie diesen Fehler nicht korrigierte.

Im Gegenteil: Erste Versuche, diesen Fehler zu diskutieren, endeten mit der Erklärung, die Partei müsse „heraus aus der Bübermentalität“. Kurt Barthel, der Sekretär des DDR-Schriftstellerverbandes, brachte dies sehr klar auf den Punkt: Er erklärte den Bauarbeitern der Stalinallee in einem Gedicht, sie hätten das Vertrauen der Regierung verscherzt und könnten es nur wiedergewinnen, indem sie künftig „sehr viel und sehr gut mauern“. Bert Brecht antwortete damals treffend, wenn das Volk das Vertrauen der Regierung verscherzt habe, ob es dann nicht besser wäre, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes.

Es gab aber auch eine selbstkritische Analyse der Ereignisse, die den Werktätigen das Recht von Kritik und Möglichkeiten von Änderungen einräumte. In vielen Betrieben, in Wohngebieten und auf dem Land fanden offene Aussprachen und Diskussionen statt. Kritik und Selbstkritik wurde geleistet. „Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter.“ Diese Erkenntnis der SED wurde aber nicht von allen geteilt. Die einseitige Interpretation des 17. Juni als einen „faschistischen Putsch“ ließ eine selbstkritische Auseinandersetzung in den Hintergrund treten.

Auf der anderen Seite stand die Existenz der DDR auf dem Spiel: Nichtanerkennung, Embargopolitik, Währungsmanipulation, Sabotage und Terror waren Instrumente um die DDR zu liquidieren. Die berüchtigte „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ - KGU, Ostbüros von SPD, CDU, mehrere Spionageorganisationen usw. leisteten Wühlarbeit gegen die DDR und für die „Befreiung vom Kommunismus“. BRD-Kanzler Konrad Adenauer, im „Rheinischen Merkur“ vom 20. Juli 1952: „Was östlich von Werra und Elbe liegt sind Deutschlands unerlöste Provinzen. Daher heißt die Aufgabe nicht Wiedervereinigung sondern Befreiung. Das Wort Wiedervereinigung soll endlich verschwinden. Es hat schon zu viel Unheil gebracht. Befreiung sei die Parole.“

^

Kräften innerhalb der SED nutzte diese real existierende Gefahr für ihre Politik des Administrierens und Bevormunden der Werktätigen aus.

Die Führung der SED nahm diese westdeutschen „Befreiungsparolen“ zum Anlaß Kritik als staatsgefährdend anzusehen. Langfristig zeigten sich die verheerenden Auswirkungen dieser Politik.

Es entstand ein Regime persönlicher Abhängigkeiten, in welchem von oben nach unten Befehle „durchgestellt“ wurden. Die Entscheidungsträger an der Spitze des Apparats taten alles, um zu gewährleisten, daß die Befehlsgewalt auf immer und ewig in ihren Händen bzw. den Händen ihrer Nachfolger bleiben sollte. Man sprach zwar von „führender Rolle der proletarischen Partei“, doch dies war ein Hohn auf die marxistisch-leninistische Konzeption einer Vorhutpartei, die daran arbeitet, die Klasse auf die Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe zu heben. Ein solches Regime mußte letztlich zusammenbrechen.

Die sachlichen Abhängigkeitsverhältnisse der bürgerlichen Ordnung im Westen erschienen der Mehrheit der Bevölkerung annehmbarer als eine Gesellschaft, die vorwiegend und dauerhaft auf persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen beruht. Bei der Massenstimmung, die letztlich zum

Zusammenbruch des Regimes führte, spielten freilich auch große Illusionen über die BRD mit, da die Menschen den SED-Funktionären auch dann nicht mehr glaubten, wenn sie ausnahmsweise mal die Wahrheit sagten. Aber auch heute, wo diese Illusionen der bitteren Realität weichen mußten, wollen die allerwenigsten ein Regime im Stile Honeckers wiederhaben.

Und noch eines spielte beim Zusammenbruch der DDR eine Rolle: die Frage der deutschen Einheit. Ironischerweise konnten ausgerechnet die westdeutschen Imperialisten, die die Nation gespalten hatten, die Losung der nationalen Einheit nun für ihre Zwecke nutzen. Dies war ihnen möglich, weil die SED-Revisionisten erklärt hatten, es gäbe nun zwei deutsche Nationen und somit keine offene nationale Frage mehr. Doch eine Nation ist etwas Objektives; sie kann ebenso wenig durch Parteibeschlüsse aus der Welt geschafft werden, wie der Sozialismus durch Parteibeschlüsse errichtet werden kann. Besteht eine offene nationale Frage, so wird die eine oder andere Klasse das zu ihrem Vorteil nutzen. Das Proletariat konnte sie nicht mehr nutzen, weil die SED den proletarischen Klassenstandpunkt und damit unter anderem auch die marxistisch-leninistische Haltung zur nationalen Frage aufgegeben hatte.

Dies gab dem Monopolkapital der BRD die Möglichkeit, die nationale Frage in seinem Sinne zu nutzen und zu lösen.

Bertolt Brecht zum 17. Juni 1953

Brief Bertolt Brechts an seinen Verleger Peter Suhrkamp, in den er seine Wahrnehmung und Deutung der Geschehnisse um den 17. Juni 1953 formuliert.

Lieber Suhrkamp,

Sie fragen nach meiner Stellungnahme zu den Vorkommnissen des 16. und 17. Juni. Handelte es sich um einen Volksaufstand, um den Versuch, „die Freiheit zu erlangen“ wie der überwältigende Teil der westdeutschen Presse behauptet?

Bin ich einem Volksaufstand gleichgültig oder gar feindselig gegenübergestanden, habe ich mich gegen die Freiheit gestellt, als ich am 17. Juni in einem Brief an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, von dem der Schlußsatz veröffentlicht wurde, (mich) bereit erklärte, bei der unbedingt nötigen Aussprache zwischen Arbeiterschaft und Regierung in meiner Weise (in künstlerischer Form) mitzuwirken?

Ich habe drei Jahrzehnte lang in meinen Schriften die Sache der Arbeiter zu vertreten versucht. Aber ich habe in der Nacht des 16. und am Vormittag des 17. Juni die erschütternden Demonstrationen der Arbeiter übergehen sehen in etwas sehr anderes als den Versuch, für sich die Freiheit zu erlangen.

Sie waren zu Recht erbittert.

Die unglücklichen und unklugen Maßnahmen der Regierung, die bezwecken sollten, überstürzt auf dem Gebiet der DDR eine Schwerindustrie aufzubauen, brachten zur gleichen Zeit Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende, Arbeiter und Intellektuelle gegen sie auf. Eine Missernte im vorigen Jahr, verursacht durch eine große Trockenheit, und die Landflucht von Hunderttausenden von Bauern dieses Jahr bedrohten die Ernährung aller Schichten der Bevölkerung zugleich. Maßnahmen wie der Entzug der Lebensmittelkarten für Kleingewerbetreibende stellten ihre Nackte Existenz in Frage. Andere Maßnahmen, wie die Anrechnung des Krankenurlaubs auf den

Erholungsurlaub, Streichung der Vergünstigungen für Arbeiterfahrkarten und die generelle Erhöhung der Normen bei gleichbleibenden oder sich sogar erhöhenden Lebenskosten trieben die Arbeiterschaft, deren Gewerkschaften nur schwächlich arbeiteten und ihrer Position nach nur schwächlich arbeiten konnten, schließlich auf die Straße und ließen sie die unzweifelhaft großen Vorteile vergessen, welche die Vertreibung der Junker, die Vergesellschaftung der Hitlerschen Kriegsindustrie, die Planung der Produktion und die Zerschmetterung des bürgerlichen Bildungsmonopols ihnen verschafft hatten. Die Straße freilich mischte die Züge der Arbeiter und Arbeiterinnen schon in den frühen Morgenstunden des 17. Juni auf groteske Art mit allerlei deklassierten Jugendlichen, die durch das Brandenburger Tor, über den Potsdamer Platz, auf der Warschauer Brücke kolonnenweise eingeschleust wurden, aber auch mit den scharfen, brutalen Gestalten der Nazizeit, den hiesigen, die man seit Jahren nicht mehr in Haufen hatte auftreten sehen und die doch immer dagewesen waren.

Die Parolen wandelten sich rapide. Aus „Weg mit der Regierung“ wurde „Hängt sie!“, und der Bürgersteig übernahm die Regie. Gegen Mittag, als auch in der DDR, in Leipzig, Halle, Dresden, sich Demonstrationen in Unruhen verwandelt haben, begann das Feuer seine alte Rolle wieder aufzunehmen. Von den Linden aus konnte man die Rauchwolke des Columbushauses, an der Sektorengrenze des Potsdamer Platzes liegend, sehen, wie an einem vergangenen Unglückstag einmal die Rauchwolke des Reichtagsgebäudes. Heute wie damals hatten nicht Arbeiter das Feuer gelegt; es ist nicht die Waffe derer, die bauen.

Dann wurden - hier wie in anderen Städten - Buchhandlungen gestürmt und Bücher herausgeworfen und verbrannt, und die Marx- und Engels-Bände, die in Flammen aufgingen, waren ebenso wenig arbeiterfeindlich wie die roten Fahnen, die öffentlich zerrissen wurden. (Auf den Fotos, die in der westdeutschen Presse veröffentlicht wurden, können Sie ohne Vergrößerungsglas sehen, wer die Fahnen zerriß ...)

Und den ganzen Tag kamen über den RIAS, der sein Programm kassiert hatte, anfeuernde Reden, das Wort Freiheit von eleganten Stimmen gesprochen.

Überall waren die „Kräfte“ am Werk, die Tag und Nacht an das Wohlergehen der Arbeiter und der „kleinen Leute“ denken und jenen hohen Lebensstandard versprechen, der am Ende dann immer zu einem hohen Todesstandard führt.

Da schien es große Leute zu geben, die bereit waren, die Arbeiter von der Straße direkt in die Freiheit der Munitionsfabriken zu führen. Mehrere Stunden lang, bis zum Eingreifen der Besatzungsmacht, stand Berlin am Rand eines dritten Weltkriegs.

Lieber Suhrkamp, machen wir uns nichts vor:

Nicht nur im Westen, auch hier im Osten Deutschlands sind „die Kräfte“ wieder am Werk. Ich habe an diesem tragischen 17. Juni beobachtet, wie der Bürgersteig auf die Straße das „Deutschlandlied“ warf und die Arbeiter es mit der „Internationale“ niederstimmten. Aber sie kamen, verwirrt und hilflos, nicht durch damit.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat Fehler begangen, die für eine sozialistische Partei sehr schwerwiegend sind und Arbeiter, darunter auch alte Sozialisten, gegen sie aufbrachten.

Ich gehöre ihr nicht an. Aber ich respektiere viele ihrer historischen Errungenschaften, und ich fühle mich ihr verbunden, als sie – nicht ihrer Fehler, sondern ihrer Vorzüge wegen – von faschistischem und kriegstreibendem Gesindel angegriffen wurde. Im Kampf gegen Krieg und Faschismus stehe ich an ihrer Seite.

Brief von Bertolt Brecht
an seinen Verleger Suhrkamp



Streikende Bauarbeiter, Stalinallee, Berlin, 16. Juni 1953

Die Lösung

Nach dem Aufstand des 17. Juni
 Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands
 In der Stalinallee Flugblätter verteilen
 Auf denen zu lesen war, daß das Volk
 Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
 Und es nur durch verdoppelte Arbeit
 zurückerobern könne. Wäre es da
 Nicht doch einfacher, die Regierung
 Löste das Volk auf und
 Wählte ein anderes?

Brecht schrieb das Gedicht im Sommer 1953. Es gilt als seine lyrische Reflexion der Ereignisse des 17. Juni 1953. Der direkte Anlass für das Gedicht war ein Artikel des Sekretärs des Schriftstellerverbandes der DDR Kurt Barthel, den dieser am 20. Juni 1953 im Neuen Deutschland veröffentlichen ließ und in dem er ausführte, die Arbeiter müssten sich nun besonders anstrengen, um das Vertrauen der Regierung zurückzugewinnen:

Da werdet ihr sehr viel und sehr gut mauern [...] müssen, ehe euch diese Schmach vergessen wird).

Barthel war auch Mitglied des Zentralkomitees der SED. Infolge der darauf einsetzenden Heftigen Kritik musste er sein Amt als Sekretär des Schriftstellerverbandes aufgeben.



Kundgebung für die Blockadeaufhebung auf dem Ostberliner Bebelplatz, 1950

Kommunique des Politbüros der SED vom 9. Juni 1953

Das Politbüro des ZK der SED... hat... beschlossen, der Regierung der DDR... eine Reihe von Maßnahmen zu empfehlen, die der entschiedenen Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung und der Stärkung der Rechtssicherheit in der DDR dienen. Das Politbüro des ZK der SED ging davon aus, dass seitens der SED und der Regierung der DDR in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben, wie z.B. der Verordnung über die Neuregelung der Lebensmittelversorgung, über die Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe, in außerordentlichen Maßnahmen der Erfassung, in verschärften Methoden der Steuererhebung u.s.w. ... Die Interessen solcher Bevölkerungsteile wie der Einzelbauern, der Einzelhändler, der Handwerker, der Intelligenz wurde vernachlässigt ... Eine Folge war, daß zahlreiche Personen die Republik verlassen haben ... Das Politbüro schlägt weiter vor, daß alle republikflüchtigen Personen...

zurückkehren, das... beschlagnahmte Eigentum zurückerhalten ...die Justizorgane zu beauftragen, diejenigen Verurteilten sofort zu entlassen, die... zu ein bis drei Jahren verurteilt worden sind ...ab 1. Juli

1953 wieder alle Bürger der DDR und... Großberlin Lebensmittelkarten entsprechend den gesetzlich festgelegten Tätigkeitsmerkmalen ausgegeben werden die im April 1953 durchgeführten Preiserhöhungen für Marmelade, Kunsthonig und andere Süß- und Backwaren mit Wirkung vom 15. Juni 1953 rückgängig zu machen, die Fahrpreisermäßigungen... wiederherzustellen...

Kundgebung für die Blockadeaufhebung auf dem Ostberliner Bebelplatz, 1950

13. Juni 1953, Neues Deutschland

Über die Sitzung des Ministerrates der DDR ...der Ministerrat hat... beschlossen, durch welche die auf den verschiedensten Gebieten begangenen Fehler der Regierung und der staatlichen Verwaltungsorgane korrigiert werden. Durch die jetzt vom Ministerrat beschlossenen

Maßnahmen wird die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und der Intellektuellen, der Bauern und Handwerkern und der übrigen Schichten des Mittelstandes eingeleitet... verschiedene Maßnahmen in der Vergangenheit aus, die sich als fehlerhaft erwiesen haben... z.B. Lebensmittelkartenversorgung bei Erfassungsmaßnahmen, Steuererhebung... wurden für das nächste Planjahr vorgesehene Aufgabe zum Teil in das Planjahr 1953 einbezogen und bestimmte Teile des Fünfjahrplanes wurden zugunsten der Entwicklung der Schwerindustrie zu früh von 1955 auf 1952 und 1953 verlagert. Die dadurch entstandene und durch Rückschläge in der vorjährigen Ernte sowie durch Ablieferungsrückstände verschärfte Lage versuchte die Regierung in der zurückliegenden Zeit durch eine Anzahl von Maßnahmen zu meistern, die sich in ihrer Wirkung als falsch erwiesen haben. „Die unverzügliche Korrektur der entsprechenden Verordnungen wird zur Verbesserung der Lebenshaltung unserer Bevölkerung führen und die Verbundenheit der Bevölkerung mit der Regierung stärken und festigen ...“

Erklärung des Politbüros zur Normfrage

16. Juni 1953: Die Erhöhung der Arbeitsnormen darf und kann nicht mit administrativen Methoden durchgeführt werden, sondern einzig und allein auf der Grundlage der Überzeugung und der Freiwilligkeit... Es wird vorgeschlagen, die... Erhöhung der Arbeitsnormen als unrichtig aufzuheben ...

2.7. 1953 - Neues Deutschland

Ein Leserbrief an die Parteimitglieder: Die „da oben“ und die „da unten“

...vielfach ist zu hören: Ja, die „oberen“ haben sich von der Masse entfernt, „die da oben“ haben keinen Kontakt mit uns, sie sind überheblich „die da oben“... sind wir nicht dabei... einen neuen, noch größeren Fehler zu machen?

Die Partei sind wir alle... Es gibt in unserer Partei kein „oben“ und „unten“, keinen „großen“ und „kleinen“ Genossen. Das Vertrauen hat man uns allen ausgesprochen, nicht nur den Genossen Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht... Haben sich die Genossen „von Oben“ nicht bei ihren Maßnahmen auf die Berichte „von unten“ gestützt? ... Verantwortungslos handelt der Genosse, der seinen Bericht ... schönfärbt. Er vermittelt der Leitung unserer Partei ein falsches Bild. Die Mißstimmung in den Betrieben und auf der Straße war unseren Genossen in der Regierung in diesem Maße auf Grund unserer ungenauen und fehlerhaften Berichte nicht genügend bekannt. Es zeugt von keiner guten Parteiarbeit und von keinem guten Kontakt mit „oben“, wenn unsere führenden Genossen in der Regierung sich nicht hundertprozentig auf unsere Berichte verlassen können. Viele Arbeiter haben der Regierung und unserer Partei, also uns allen, wieder das Vertrauen ausgesprochen ...

Neues Deutschland, 2. Juli 1953

Was sollen die Gewerkschaftsleitungen jetzt tun?

Bei allen Aussprachen, die die Mitglieder des Zentralkomitees unserer Partei in diesen Tagen mit den Belegschaften vieler Betriebe durchführen, geben die Arbeiter unmißverständlich ihrem Unmut über die Arbeit der Gewerkschaften Ausdruck. Viele Diskussionsredner betonen, daß diese Unzufriedenheit der Hauptgrund dafür ist, daß nicht wenige Arbeiter zeitweilig auf die Parolen der faschistischen Provokateure des 17. Juni hereingefallen sind. Mit Beispielen ihrer eigenen trüben Erfahrungen schildern Arbeiter, wie sie seit Jahren um die Behebung kleiner, aber auch großer Mißstände, die ihnen die Arbeit erschweren und auch die Freude über viele unserer unbestreitbaren

Erfolge vergällen, gekämpft haben, wie sie mit ihren Fragen ungehört blieben und schließlich resignierten. Ob es sich um unzureichende Umkleideräume, falsche Regelung der Pausen, um fehlendes warmes Wasser zum Waschen, um schlechte Entlüftung, um die unzureichende und meist minderwertige Arbeitskleidung handelt, oder ob die Arbeiter vorschlugen, ihre An- und Abfahrt zum Betrieb besser zu regeln, so daß sie nicht vor und nach Schichtschluß mehrere Stunden auf der Bahn verbringen müssen — diese und viele andere Fragen des täglichen Lebens, der Versorgung, der Wohnung usw. bedrückten sie seit langem und wirkten auf ihre Arbeitsfreude lähmend aus. Immer und immer wieder wandten sie sich mit ihren Sorgen, Wünschen und Vorschlägen vertrauensvoll an die Betriebsgewerkschaftsleitungen und die Vorstände ihrer Gewerkschaften.

Mit Recht erwarteten sie von ihnen, als den berufenen Vertretern ihrer Interessen, daß sie energisch alles tun würden, um Abhilfe zu schaffen. Und wie wurden sie enttäuscht. Statt Hilfe zu erhalten, wurden sie meist mit Redensarten abgespeist oder gar als Opportunisten und Reaktionäre beschimpft. Geändert wurde jedoch nichts.

Kann es für den FDGB und die einzelnen Gewerkschaften ein schlimmeres Urteil geben, als das vieler Arbeiter von Siemens-Plania, Berlin, wenn sie erklären: „Was haben wir schon am FDGB? Wir müssen unsere Interessen doch selber vertreten!“

Spricht hieraus nicht, wie sehr diese Arbeiter nach der gewerkschaftlichen Organisation rufen, wie sehr sie bereit wären, die Gewerkschaftsleitungen in ihrer Arbeit zu unterstützen, wenn die Gewerkschaften ihre tatsächlichen Interessenvertreter sein würden.

Aber das ist es eben: Viele Gewerkschaftsleitungen haben gar nicht erst den Versuch der Durchsetzung der Interessen ihrer Kollegen unternommen, weil sie sich von vornherein als Anhängsel ihrer Werkleitungen und nicht als Interessenvertretungen ihrer Belegschaften fühlten. In nicht wenigen Betrieben sind die Mitglieder der Betriebsgewerkschaftsleitungen den Arbeitern kaum bekannt. Statt das Feld ihrer Arbeit im Betrieb zu sehen, sich tagtäglich am Arbeitsplatz und in persönlicher Aussprache ein Bild von der Arbeit ihrer Kollegen, von ihren Sorgen und Wünschen zu machen, verbrachten und verbringen solche Gewerkschaftsfunktionäre die Zeit in ihren Büros, in Sitzungen. Und ihre Energie erschöpften sie meist darin, die Belange der Werkleitung durchzusetzen, wenn nötig auch mit den abstoßenden Formen des Administrierens.

Bei einer solchen Auffassung über die Gewerkschaftsarbeit ist es kein Wunder, wenn die Belegschaften über solche „Vertreter ihrer Interessen“ keine hohe Meinung haben.

„Gewiß, es gibt auch Tausende Gewerkschaftsfunktionäre, Mitglieder von Abteilungsgewerkschaftsleitungen oder Betriebsgewerkschaftsleitungen, die ihr Bestes taten, um die Lage ihrer Kollegen zu verbessern. Aber sie liefen sich meist die Hacken wund und rannten sich die Köpfe ein an der Wand, die die Werkleitungen auf Grund engherziger Finanzanordnungen um sich errichtet hatten. „Kein Geld — nicht eingeplant — jetzt noch nicht möglich“, das waren die immer wiederkehrenden Antworten, die sie erhielten. Wandten sie sich an die Vorstände ihrer Gewerkschaften, erlebten sie das gleiche.

Bei aller Kritik an der Arbeit des FDGB muß man selbstverständlich auch sehen, daß die die Gewerkschaften im letzten Jahr durch unpopuläre Anforderungen als Folge begangener Fehler seitens Partei und Regierung häufig in eine schwierige Lage gerieten und ihr Ansehen bei den Arbeitern darunter litt. Völlig falsch wäre es aber zu glauben, daß diese Fehler des letzten Jahres eine ausreichende Erklärung für die schlechte Arbeit der Gewerkschaften, für ihr geringschätziges Verhalten gegenüber den Interessen der Arbeiter, für ihre Isoliertheit von den Massen seien. Denn auch vor dem Jahre 1952, in der Zeit der richtigen Politik von Partei und Regierung im Kampf um die Einheit Deutschlands und um die Entwicklung der Friedenswirtschaft unserer Republik, in der Zeit der laufenden Verbesserung des Lebensstandards unserer Werktätigen, in der Zeit der zwölf

HO-Preissenkungen — auch da wurden die Gewerkschaften von den Massen bereits stärkstens kritisiert, weil sie schon damals die Interessen der Arbeiter nicht richtig wahrnahmen. Der bekannte Artikel „Kollege Zschau und Kollege Brumme“, in dem das seelenlose, bürokratische, unkämpferische Verhalten der Gewerkschaften bezüglich der Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse an den Pranger gestellt und der Weg zur Überwindung dieser großen Schwäche der gesamten Gewerkschaftsarbeit gewiesen wurde, erschien bekanntlich bereits im Jahre 1951 und nicht erst 1953!

Nach unserer Auffassung sollte jede Abteilungs- und Betriebsgewerkschaftsleitung die Erfahrungen der letzten Wochen zum Ausgangspunkt einer entschiedenen Wendung in ihrer Arbeit machen und dabei keineswegs erst auf Anweisung von oben warten.

Was sollen jetzt die Gewerkschaftsleitungen unmittelbar tun?

Vor allem sollen sie ihr Gesicht voll und ganz der Belegschaft zukehren und den Hauptteil ihres Arbeitstages dem unmittelbaren Kontakt mit den Belegschaftsmitgliedern widmen! Sie sollen weiterhin endlich Initiative in der kämpferischen Vertretung der Interessen der Belegschaft entfalten. Sie sollen nicht erst warten, bis das oder jenes Belegschaftsmitglied zu ihnen kommt und um Hilfe bittet, sondern selbst schnell und unbürokratisch eine Zusammenstellung der Sorgen und Wünsche der Belegschaftsmitglieder vornehmen. Diese Aufstellung kann nicht vom Schreibtisch aus erfolgen; am Arbeitsplatz, in der Werkstatt, in den Dusch- und Garderobenräumen, überall dort, wo sich die Arbeiter befinden. Kein Formular, sondern nur das persönliche Gespräch wird unseren Gewerkschaftsfunktionären ein klares Bild über viele Mißstände verschaffen, die bei gutem Willen und großer Energie in vielen Fällen aus eigener Kraft schon längst hätten beseitigt werden können.

Mit der Verwirklichung eines solchen Sofortprogramms zur Verbesserung der sozialen, hygienischen und sanitären Verhältnisse in den Betrieben, das sich aus den Wünschen der Arbeiter ergibt, sollte unverzüglich begonnen werden.

Von den Werkleitungen wird dabei erwartet, daß sie weitherzig jede materielle und finanzielle Möglichkeit ausschöpfen, um die im Betrieb lösbaren Probleme schnell und unbürokratisch zu lösen.

Es ist ganz klar, daß die Betriebsparteileitungen dem Ringen der Gewerkschaften um das Vertrauen der Massen, um die kämpferische Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft nicht teilnahmslos gegenüberstehen dürfen.

Im Gegenteil.

Eine schlechte Arbeit der Gewerkschaftsleitung ist auch ein Ausdruck der schlechten Arbeit der Parteileitung. Für viele Genossen erwächst daher die Aufgabe, ihr Verhalten gegenüber den Gewerkschaftsfunktionären unverzüglich und gründlich zu ändern. Wirkliche Hilfe können sie ihnen nicht leisten durch Kommandieren oder durch geringschätziges Herabsehen.

Viele Parteileitungen haben vergessen — und es ist für sie notwendig, sich dies in Erinnerung zu rufen —, daß das Vertrauen der Arbeiter nur über eine gute Gewerkschaftsarbeit, die sich aller Sorgen der Arbeiter annimmt, zu gewinnen ist. Die Verbesserung der sozialen, hygienischen und sanitären Verhältnisse in jedem Betrieb muß im Mittelpunkt der Arbeit jeder Gewerkschaftsleitung stehen, und es darf keine Parteileitung geben, die sich nicht darum sorgt, daß die Gewerkschaften ihren Pflichten auch gerecht werden.

Vertrauen kann man nicht erbitten, wir müssen es uns Er kämpfen

Genosse Hermann Axen sprach im VEB Funkwerk Köpenick II in Berlin-Oberschöneweide

Mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen des VEB Funkwerk Köpenick II in Berlin-Oberschöneweide sprachen am Montag mit dem Genossen Hermann Axen, Mitglied des Sekretariats des ZK der SED, in einer Belegschaftsversammlung offen und freimütig über die von Partei und Regierung in der Vergangenheit gemachten Fehler, über zahlreiche Unzulänglichkeiten und Mißstände in ihrem Betrieb und über die Erwartungen und Forderungen, die sie an den neuen Kurs der Partei und der Regierung knüpfen.

Einleitend beantwortete Genosse Hermann Axen einige der viele Werktätige in der DDR bewegenden Fragen über den Charakter des 17. Juni 1953, über die Notwendigkeit, die Bedeutung und den Inhalt des neuen Kurses unserer Partei und Regierung. In der sich über mehrere Stunden erstreckenden Diskussion sprachen insgesamt 17 Kollegen.

Kollege Engelhardt: „In der Erklärung des Zentralkomitees der SED `Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei` steht u. a.:

„Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter!“

So ist es auch bei uns im Betrieb, wenn viele Kollegen nicht die Mitglieder der Betriebsparteiorganisation verstehen. In dem Jahr, seit ich hier im Werk arbeite, habe ich nicht viel von der Partei gespürt. Ich fragte mich des öfteren: Besteht denn hier überhaupt eine Parteiorganisation? Sie hat keinen Kontakt mit den Kollegen, das werden meine anderen Arbeitskollegen alle bestätigen können. Weder die Partei- noch die Gewerkschaftsfunktionäre sind an den Arbeitsplatz gekommen. Es geht aber nicht, daß sich die Partei von den Massen löst. So kann sie keine Erfolge erringen. Viele Kollegen haben bei uns Nackenschläge bekommen und das Vertrauen zur Partei und der Regierung verloren. Und dieser Zustand ist nicht im Handumdrehen überwunden.“

Kollege Hilbrecht: „Wenn ich auch vielen meiner Kollegen sagen muß, daß sie am 17. Juni mangelndes Klassenbewußtsein gezeigt haben, so dürfen wir jedoch nicht über die Mißstimmung hinwegsehen, wie sie vor dem 17. Juni bei vielen Werktätigen vorhanden war.

Es ist mir jedoch unverständlich, daß innerhalb der BGL (Betriebs Gewerkschafts Leitung) noch Unklarheiten über den 17. Juni bestehen, oder daß — wie bei uns — ein Kollege der BGL die Belegschaft zur Arbeitsniederlegung aufforderte.“

Kollege Seiffert: „Ich möchte weiter sagen, daß wir einen geregelten Arbeitsablauf, einen richtigen Materialfluß brauchen. Dann werden wir auch nicht mehr ein halbes Jahr im Werk die Däumchen drehen und uns im anderen halben Jahr überschlagen müssen. So war es in der Vergangenheit Wir können noch bedeutend größere Aufgaben erfüllen, wenn die Arbeitsorganisation verbessert und genügend Material herangeschafft wird. Ich möchte den Genossen Axen bitten, daß er bei den betreffenden Stellen dafür sorgt, daß wir genügend Material erhalten.“

Kollege Zimmermann: „Ich möchte dem Kollegen Hermann Axen sagen, daß, wenn er heute Versprechungen abgibt, wir darauf rechnen, daß diese Versprechungen einmal eingehalten werden. Seit drei Jahren macht unser Produktionsleiter, Kollege Sidlowski, ständig am Jahresanfang

Versprechungen in der Meinung, diese wirklich einhalten zu können. Doch immer mußte er genau wie wir in den Eimer gucken. Wir stehen nicht abseits, doch wir sind in den letzten Jahren so oft vor den Kopf gestoßen worden, daß wir uns dachten: ‚Halt doch das Maul, es hat doch keinen Zweck.‘ Wenn die Regierung ihre Versprechungen hält, dann wird sie von uns noch Wunder erleben.“

Kollege Schwertfeger: „Ich bin Leiter der Wohnungskommission in unserem Betrieb. Mir wird immer wieder von Kollegen gesagt: ‚Da und dort stehen soundsoviel Wohnungen frei.‘ Wenn ich mich dann an das Wohnungsamt wende, heißt es: ‚Ja, die Wohnung ist bei uns nicht erfaßt.‘ Es ist aber unmöglich, daß Wohnungen frei stehen und andere Kollegen mit mehreren Kindern keine richtige Behausung haben. Wir wollen das Recht haben, als Wohnungskommission nicht immer wieder als Bittende zu kommen, sondern wir sind die Interessenvertreter unserer Kollegen und haben das Recht, von der Verwaltung zu fordern, daß sie für uns da ist und nicht umgekehrt.“

Werkleiter Genosse Boer nahm in der Diskussion zu einigen von den Kollegen vorgetragenen Wünschen und Forderungen Stellung. So wird am 1. August die seit langem vom überwiegenden Teil der Belegschaft gewünschte dreimalige Lohnzahlung verwirklicht. Auch dem Wunsch der Belegschaft, die Arbeitspause von 30 auf 20 Minuten zu reduzieren, wird ab 1. Juli Rechnung getragen. Ebenso wird den Kollegen, die aus einem anderen Betrieb kommen und deshalb die erste Lohnzahlung erst 15 oder 20 Tage später erhalten, in Zukunft eine Überbrückungsbeihilfe bezahlt.

Eine alte Forderung der Belegschaft des Funkwerkes II, den Direktorfonds aufzuteilen und den auf ihr Werk entfallenden Anteil abzusondern, wird ebenfalls erfüllt. In seinem mit großem Beifall aufgenommenen Schlußwort ging Genosse Hermann Axen auf die von den Kollegen aufgeworfenen Fragen und Probleme ein. Genosse Axen nahm eingehend zu den von den Kollegen Franke und Schulze in der Diskussion vorgebrachten Argumenten Stellung, die offensichtlich dem Rias entlehnt waren. U. a. setzte er sich mit der von den Feinden der deutschen Einheit verbreiteten Verleumdung, die Regierung der DDR sei gegen freie demokratische Wahlen in ganz Deutschland, auseinander.

Genosse Axen erklärte: „Wir stehen nach wie vor zu den von unserer Volkskammer gemachten Vorschlägen und unserer Losung ‚Freie demokratische Wahlen in ganz Deutschland, je eher, desto besser‘. Wir waren es, die Vorschläge machten und eine Delegation zu Herrn Dr. Ehlers schickten. Er hatte versprochen, die Vorschläge dem Bundestag vorzulegen, doch der Bundestag ging zur Tagesordnung der Remilitarisierung, zur Ratifizierung des Generalkriegsvertrages über.

Wir sind jedoch überzeugt, daß es zu freien demokratischen Wahlen in ganz Deutschland kommen wird.“

Zu einer weiteren Forderung dieser Kollegen, die Zonen- und Sektorengrenzen möchten endlich fallen, sagte Genosse Axen:

„Wir haben die Zonen- und Sektorengrenzen nicht gemacht. Wir haben immer wieder Vorschläge für die demokratische Einigung Deutschlands unterbreitet. Wer hat denn das Potsdamer Abkommen zerissen? Wir doch nicht! Wir haben vor dem 17. Juni die Beschränkungen an den Zonen- und Sektorengrenzen weitestgehend aufgehoben, weil wir die friedliche Einigung Deutschlands vorantreiben wollten. Die Bonner Clique hat das aber zum Anlaß genommen, um tausende Provokateure und Gangster herüberzuschleusen.“

Genosse Hermann Axen bezeichnete die Kritik der Kollegen an der ungenügenden Arbeit der Parteiorganisation und der Gewerkschaft als ein alarmierendes Zeichen für alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Er sagte: „Es ist sehr schmerzlich, wenn man hören muß, die SED sieht man nicht im Betrieb, die SED ist nie da. Daraus müssen wir die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen. Hier wurde vom Vertrauen gesprochen. **Das Vertrauen kann man nicht erbitten, das Vertrauen müssen wir uns jetzt erkämpfen, indem wir eure Kritik beherzigen, radikal und schnell die Missstände und Fehler beseitigen und keinerlei leere Versprechungen mehr machen.**“

Mit großem Beifall wurde der Vorschlag des Genossen Axen aufgenommen, dass die Wohnungskommission gemeinsam mit dem Werkleiter und der BGL einen Vorschlag ausarbeitet und dann zusammen mit dem Genossen Hermann Axen zu Wohnungsamt beim Rat des Bezirkes geht.

Genosse Hermann Axen erklärte den Kollegen des VEB Funkwerkes II, dass der neue Kurs den Funkwerkern auch eine Klärung der Materialfrage bringen wird.

Im Präsidium saßen nur Funktionäre

Margot Feist diskutierte mit Angestellten des Konsum - Genossenschaftsverbandes Groß-Berlin

Vor der Belegschaft der Handelsniederlassung Textil des Konsum Genossenschaftsverbandes Groß-Berliner erläuterte Margot Feist, Kandidatin des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, den neuen Kurs der Partei und der Regierung. Schon zu Beginn der Versammlung, bei der Wahl des Präsidiums, war deutlich spürbar, daß auch in diesem Betrieb weder der Partei-Sekretär, noch der Gewerkschaftsvorsitzende begriffen haben, daß mit dem neuen Kurs der Partei auch endgültig mit den bisherigen Methoden des Umgangs mit der Belegschaft Schluß gemacht werden muß. Um nur ein Beispiel zu nennen: In das Präsidium wurden ausschließlich Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre „gewählt“. Die Folge davon war Unruhe unter den Versammlungsteilnehmern, die aber, wie es schien, die Versammlungsleitung nicht weiter störte. Da das Präsidium noch zum größten Teil aus betriebsfremden Funktionären bestand, die es nicht für notwendig hielten, sich vorzustellen, rief eine Arbeiterin sichtlich empört: „Vielleicht können die Kollegen des Präsidiums mal aufstehen, denn wir wissen ja gar nicht, wer sie sind.“

Viele wichtige Fragen, die für die Verbesserung des Lebens der Betriebsangehörigen sogar verhältnismäßig leicht zu lösen sind, wurden in der Diskussion behandelt. Kollegin Besecker aus dem Verkaufsraum erklärte: „Vor einiger Zeit habe ich unserer BGL ein Schreiben zukommen lassen, daß wir daran interessiert sind, einen Obst- und Gemüsestand auf unserem Gelände einrichten zu lassen. Warum sorgt man nicht dafür, daß wir mit Obst und Gemüse versorgt werden? Draußen gibt es genug, und Frauen, die den ganzen Tag herumlaufen, haben schon volle Gläser für den Winter, während wir für den Tag nichts auf dem Tisch haben.“

Kollegin Weiling sprach über die ungenügenden Möglichkeiten der Unterbringung von Kindern unserer werktätigen Frauen. „Vor einiger Zeit wurde viel von unserer Regierung getan, um Schlüsselkinder von der Straße zu bekommen“, betonte sie.

„Es erstaunt mich jedoch, daß man jetzt Kinder über zwölf Jahre aus den Kindergärten herausnimmt, weil man meint, sie seien schon selbständig und könnten zu Hause der Mutter

helfen. Die Kinder von zehn bis zwölf Jahren werden in den Schulen zusammengefaßt. Wer aber beaufsichtigt die Zwölfjährigen beim Schularbeiten machen?“

Eine längere Diskussion nahm die Bezahlung von Überstunden ein. Es werden Schwierigkeiten bei der rechtzeitigen Bezahlung der Überstunden gemacht, die die Arbeiter verärgern und ihre Einsatzfreudigkeit hemmen. Die Bürokratie geht sogar so weit, daß von der BGL die Unterschrift für die Bezahlung verweigert wird, wenn der „echte“ Grund für die Überstundenleistungen angegeben wird und nicht der „vorgeschriebene“. Es gab auch noch andere Fragen und Vorschläge. So sagte Kollege Gardt: „Die Referentin hat gesagt, HO-Preise können erst dann gesenkt werden, wenn wir mehr Ware haben. In der Damen- und Herrenoberbekleidung sind dabei genügend Bestände vorhanden. Ich glaube darum, daß man in der Konfektion ohne Bedenken darangehen könnte, eine Preissenkung vorzunehmen.“

Einen breiten Raum der Diskussion nahm der neue Lohn- und Gehaltstarif, den die Kollegen brennend erwarten, ein. Kollege Bormann, zweiter Vorsitzender der IG Handel, versprach, daß daran gearbeitet wird und daß er möglichst schnell zum Abschluß gebracht wird. Abschließend betont Kollege Bormann, wie auch Margot Feist, daß die Versammlung ein guter Anfang wäre, mit der Initiative der ganzen Belegschaft vieles im Betrieb zu verändern und zu verbessern. Ihre offene Kritik aber sei dazu die erste Voraussetzung. Margot Feist versicherte, alle aus der Versammlung Ungeklärten Fragen den zuständigen Staatsfunktionären vorzutragen und mit ihnen zu beraten, wie die Forderungen so schnell wie möglich verwirklicht werden können.



B. BRECHT

ZWEI GESELLSCHAFTSORDNUNGEN

Wenn sich durch besondere Umstände in einem Teil eines Landes eine neue Gesellschaftsordnung bildet, während der andere in der alten verharrt, muß eine scharfe Feindschaft dieser beiden Teile des Landes erwartet werden. Beide werden sich bedroht fühlen, und sie werden einander barbarisch nennen. Im Osten Deutschlands hat sich nach einem schrecklichen Krieg ein Arbeiter-und-Bauern-Staat gebildet, der Politik und Wirtschaft nach völlig neuen Grundsätzen behandelt. Eigentums- und Produktionsverhältnisse sind gründlich geändert worden, und die öffentlichen Geschäfte sowie die Meinungsbildung der Bevölkerung folgen bisher unerhörten Methoden. Wie man weiß, hat das Unerhörte keinen guten Klang, was noch nie gehört wurde, gilt als ungehörig. So bedürfen die neuen Grundsätze und Methoden der Erläuterung, während die alten für „selbstverständlich“ gehalten werden. Der Westen Deutschlands ist unter der Herrschaft der großen bürgerlichen Eigentümer und damit der bürgerlichen Ideen geblieben. Es gibt Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und die einen können völlig frei

Arbeit geben oder nicht geben, die andern Arbeit nehmen oder nicht nehmen. Allerdings verhungern die Arbeitgeber nicht, wenn sie Arbeit nicht geben, während die Arbeitnehmer verhungern, wenn sie nicht Arbeit nehmen.

FREIE WAHLEN

22. Februar 1954

Es ist der älteste Trick der Bourgeoisie, den Wähler frei seine Unfreiheit wählen zu lassen, indem man ihm das Wissen um seine Lage vorenthält. Das, was jemand braucht, um seinen Weg wählen zu können, ist Wissen. Was kommt dabei heraus, wenn man einen Mann, der weder Notenlesen noch Klavierspielen lernen durfte, vor ein Klavier stellt und ihm die freie Wahl über die Tasten läßt? Einige Freiheiten hätte ich heute freilich nicht, wenn es mich nach ihnen verlangte. Ich kann zum Beispiel nicht in der Art wählen, wie es „in zivilisierten Ländern üblich ist“. Gerne würde ich sagen, warum es mich nicht danach verlangt. Die Art der Wahlen, wie wir sie in Deutschland hatten, kann nicht ganz gut gewesen sein. Zweimal während meines Lebens wählten die Deutschen in jener zivilisierten Weise, von der die Rede ist, den Krieg. Zweimal bestätigten sie durch „freie Wahlen“ Regierungen, die verbrecherische Kriege anzettelten und sie außerdem noch verloren. Von eigentlicher Freiheit konnte wohl nicht gesprochen werden: Sie besaßen nicht die Möglichkeiten, nach Einsicht in die Notwendigkeiten zu handeln. Gelegentlich habe ich auch einige jener Freiheiten genossen, welche die bürgerliche Gesellschaft in der Hoffnung gewährt, daß sie nicht sehr stören. Es war mir etwa zu sagen erlaubt, daß der Krieg zur Lebensweise der kapitalistischen Länder gehört und mitunter ihre Sterbensweise wird. Wie man weiß, habe ich dadurch Kriege nicht aufgehalten. Die bürgerliche Gesellschaft hat viele Möglichkeiten, feindliche Urteile unschädlich zu machen. Sie erschwert zunächst solche Urteile, indem sie den Überblick über die Tatsachen verwehrt und verbaut. Ihre Ideologen bringen schon dadurch alles durcheinander, daß ihre Tätigkeit - der „Ordnung“ wegen, der „Wissenschaftlichkeit“ wegen - auf ziemlich kleine Bezirke beschränkt bleibt. Die Physiker wissen nichts über Ökonomie, außer daß einmal Mittel zufließen, einmal Mittel sich verkrümeln. Die Ökonomen sind schlecht beschlagen in der Geschichte und gar nicht in der Logik. Die Schriftsteller werden angehalten, in

ihr eigenes Innere zu blicken und „Wissenskram“ zu meiden. Und was für riesige Frisierläden für Tatsachen! Aus ihnen kommen die Krüppel heraus, Prothesen schwingend wie Schmuckstücke; Gesichtslose mit goldenen Locken; halb Verfaulte mit dem Duft von Vergißmeinnicht besprengt. Natürlich gibt es auch Apotheken mit geistigen Medikamenten. Darunter werden sogar Gifte verkauft, natürlich auf Rezepte. Sie sind in kleinen Dosen oft anregend. Ich meine hier nicht die Gifte, die opium und morphiumpgleich der Einlullung dienen und in großer Fülle und Verschiedenheit verabreicht werden, besonders durch die Künste. Ich meine etwa Darstellungen, die für den Kapitalismus ungünstig sind.

weitere Literatur unter: www.kpd-ml.org

Studienmaterialien: Die Aufbaujahre der DDR (Dokumente und Materialien aus der Zeit 1945-1954)

Studienmaterialien DDR 2: Sozialismus, Kommunismus, Revisionismus

Waltraud Aust: Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt
Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin

Einheit – Theoretisches Organ der SED
8/1949

Über den Kampf gegen den Bürokratismus

Martin Schmidt „Die ganze Arbeit unserer Wirtschaftsorgane leidet bei uns am meisten unter Bürokratismus. Die Kommunisten sind Bürokraten geworden. Wenn uns etwas zugrunde richten wird, so ist es dies...“

Lenin, über die Aufgaben der Staatsbank

Der Bürokratismus ist die Ideologie, die Haltung und Arbeitsweise der Bürokratie, einer besonderen Gruppe von Menschen, Beamten, die durch Vorrechte eine Sonderstellung gegenüber der Gesellschaft eingeräumt bekommen. Daß diese Ausnahmestellung sie dem Volk entfremdet, entspricht der Absicht der jeweils herrschenden Ausbeuterklasse, die diese Bürokratie dient. ...Engels: "Im Besitz der öffentlichen Gewalt und des Rechts der Steuereintreibung stehen die Beamten nun da als Organe der Gesellschaft über der Gesellschaft. ...Es werden Ausnahmegesetze über die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Beamten geschaffen."

...Menschen in solch einer privilegierten Stellung führen ein EIGENLEBEN, schaffen eine eigene Ideologie und entwickeln jenen volksfeindlichen Durchschnittstyp, eben den Bürokrat.

In Ihrem Wesen nach ist die Bürokratie der Feind jedes Fortschritts... Bürokratie...starke Reste der alten Denkweise, eine genaue Definition wird immer unbefriedigend bleiben...

Sein Kern ist die Auffassung, daß das gesellschaftliche Leben sich nach ihm zu richten habe und nicht umgekehrt. Der Kampf gegen den Bürokratismus... ist ein Teil des Klassenkampfes... Die Heranziehung der werktätigen

Massen zur Kontrolle und Mitarbeit an ihrer Verwaltung eine HAUPTAUFGABE der SED...

(dient) der Bewahrung vor bürokratischen Erstarrung.

(...)

Einheit, Heft 2

1952, S.113

Die Methode der Überzeugung- die richtige Methode der Massenführung durch die Partei

Die Partei des Proletariats verwirklicht die Führung der Massen auf verschiedene Weise...

1) direkt, durch die Darlegung der Politik- vor den Massen (besonders durch die Presse, durch ihre Losungen, durch die Tätigkeit ihrer Grundorganisationen, durch die propagandistische und agitatorische Tätigkeit nach außen,

2) durch die Massenorganisationen, die "Transmissionen" zwischen Partei und Massen (Lenin); d.h. durch die zielklare und überzeugende Tätigkeit unserer Genossen in diesen Massenorganisationen,

3) ...Nationale Front des demokratischen Deutschlands und die Friedensbewegung...

4)...antifaschistisch demokratische Block...

5) durch den Staats- und Wirtschaftsapparat...

Auf all diesen Gebieten der Tätigkeit unserer Partei ist das Überzeugen der Menschen die Hauptmethode unserer Arbeit...

Ohne diese... Arbeit könnte unsere Partei ihre führende Rolle in unserem Staat nicht verwirklichen. Hier liegt der prinzipielle Unterschied zwischen dem Verhältnis einer marxistisch-leninistischen Partei und allen anderen Parteien zu den Massen...

leiten die bürgerlichen Parteien die Menschen nicht durch Überzeugung, sondern durch Überredung, durch Lüge und Betrug.

...Die Hauptfehler, die noch häufig den Einfluß der Partei auf die Massen erheblich hemmen, sind das KOMMANDIEREN, die Mißachtung der Fragen, die die Bevölkerung bewegen, und die Sorglosigkeit gegenüber der Arbeit des Gegners. Es gibt noch immer Genossen, die an Stelle der Überzeugung, welche Ideologische Arbeit, das Studium der Fragen, die die Massen bewegen, und Geduld voraussetzt, die bequeme Methode des Kommandierens setzen.

Die Genossen übersehen dabei, daß diese dem Marxismus fremde Methode der Führung zur Folge hat, daß die Massen von uns abgestoßen werden, daß ihr Bewußtsein zurückbleibt.

...Die Partei ist jedoch kein Oberkommando, das den Massenorganisationen Befehle erteilen könnte.

...In...Eberswalde gab es bis vor kurzem einen Parteisekretär, der alles "anordnete", sogar die Durchführung von Wettbewerben...in einigen unserer Betriebe, Entschließungen von der Betriebsgewerkschaftsleitung verfaßt und von ihr selbst "in Vertretung" der Arbeiter angenommen werden und die Belegschaft dann von "ihrer" Entschließung erst durch die Zeitung erfährt, oder wenn aus der Abstimmung über eine Entschließung eine reine Formsache gemacht wird, so hat die Annahme einer Entschließung ihren Sinn verloren, und übrig bleibt eine reine AUGENWISCHEREI.

Mit solchen Entschliefungen betrügt man sich selbst und die Partei und verliert das Vertrauen der Massen.

Jeder Vorschlag einer Entschliefung muß vor denjenigen, denen er zur Annahme vorgeschlagen wird begründet und zur Diskussion gestellt werden, sonst machen wir aus einem wertvollen Mittel der Erziehung und Mobilisierung der Massen eine Farce...

Genossen..., daß sie die Mitglieder nicht mit "Anordnungen der Partei" zu „überzeugen“ versuchen..., sondern ihnen unsere Vorschläge erläutern und sie so für diese Vorschläge gewinnen. Die Vernachlässigung der Fragen der Bevölkerung ist gegenwärtig die Hauptschwäche unserer Überzeugungsarbeit. Das gilt sowohl für die gesamte Agitation als auch für unsere Presse.

Man kann die Menschen nur dann von der Richtigkeit unserer Politik überzeugen, wenn man ihnen Antwort gibt auf die Fragen, die sie bewegen, wenn man ihnen zeigt, wie ihre individuellen Probleme mit den allgemeinen großen Problemen unseres Volkes zusammenhängen. Man kann nur dann richtig argumentieren, wenn man weiß, was in den Köpfen der Menschen vor sich geht.

...Man kann nicht die Massen überzeugen, wenn man nicht gewillt ist, auf ihre Meinung, ihre Beschwerden zu hören.

Bei einer solchen Methode der Agitationsarbeit lernen gleichzeitig die Massen und die Partei.

...In unserem Staats- und Wirtschaftsapparat gibt es noch genügend herzlosen Bürokratismus und Schlendrian, durch den der Inhalt unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der Sinn unserer Gesetze zuweilen ins Gegenteil verkehrt wird.

...Die feindliche Agitation (RIAS z.B.) lebt in hohem Maße von Fehlern, die bei uns tagtäglich gemacht werden. Deshalb ist die Entfaltung von Kritik und Selbstkritik einerseits und der entschiedene Kampf um die unbürokratische Beseitigung von Fehlern andererseits eines der wirksamsten Mittel, um die gegnerischen Argumentation unwirksam zu machen.

Je mehr wir verstehen, die Menschen zu bewegen, offen und ehrlich ihre Meinung zu sagen (auch wenn sie im einzelnen Fall falsch und objektiv gegen unsere Politik gerichtet ist) und ehrlich und offen mit uns zu diskutieren, um so eher werden wir in den breiten Massen die Basis für eine Ächtung der Propaganda des Gegners finden.

Grundregeln aller Überzeugungsarbeit:

1) Unsere Argumentation muß wahr sein...Wir sind stark, weil wir recht haben.

Deshalb sollen wir niemals unangenehme Fragen aus dem Weg gehen, sondern die Dinge so schildern, wie sie sind, und nichts versprechen, was nicht verwirklicht werden kann.

Vor allem hüte man sich vor Übertreibungen!

2) Unsere Argumentation muß konkret sein... an Hand der eigenen Erfahrungen der Massen erläutern...

3) *Unsere Argumentation muß mit unseren Handlungen übereinstimmen . . .Die Worte allein Überzeugen niemals - der ganze Mensch hat daran teil.*

...

Für die überzeugende Kraft des gesprochenen oder geschriebenen Wortes ist die Sprache ein wesentlicher Faktor...

zitiert aus: A. Norden „ Um die Nation“, Berlin 1952

Unsere Vaterlandsliebe ist ein Patriotismus neuer Art. Er ist das Gegenteil jenes Nationalismus der nach dem Krieg strebt und schreit und ihn führt... Patriotische Politik betreibt die Regierung der DDR. Weil die Arbeiterklasse in ihr unter Führung der SED die entscheidende Rolle spielt, darum

ist sie der erste deutsche Staat, der den Chauvinismus in Wort und Tat abgeschworen hat, der erste deutsche Staat, der seine Jugend im Geiste des Internationalismus, der Völkerliebe und des Völkerfriedens erzieht und seinen Bürgern ein Rendezvous mit dem Tod, sondern mit dem Leben gibt, nicht mit dem falschen Ruhm des Schlachtfeldes, sondern mit dem echten Ruhm der gemeinnützigen 16

Arbeit. Darum hassen Krupp und MC Cloy, Adenauer und Stinnes, Pferdenges und Schumacher diesen Staat. Darum liebt ihn die Jugend... Auf ihn hofft die Gegenwart. Ihn segnet die Zukunft.

Nach dem Pfingsttreffen der FDJ 1950 und den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten im August 1951 brach in den Kreisen der westdeutschen Regierung, ihrer Parteiführer und Zeitungen eine wahre Panik aus:

„Die erhebliche Bevorzugung der Jugend in der DDR mit raschen Aufstiegsmöglichkeiten in betrieblichen, Kommunalen und politischen Berufen verfehlt - wie die Wanderung von WEST nach OST beweist - ihre Wirkung nicht.“ (RHEINISCHER MERKUR, 27.7.1951)
(...)

„Bei uns stehen die ältesten Jahrgänge dem Staat am nächsten und die jüngsten am fernsten“.
(HAMBURGER ABENDBLATT, 5.8.1951)

1953- Neues Deutschland

„Immer mehr Menschen wollen in die DDR“

Bezeichnende Eingeständnisse der NORDDEUTSCHEN NACHRICHTEN und des Innenministers H o e g n e r Berlin:

„Immer wieder suchen junge Menschen aus dem Westen ihr Lebensglück im Osten“ (Norddeutsche Nachrichten)... daß infolge der Notlage der Jugend in Westdeutschland und der Furcht in Adenauers Söldnerarmee gepreßt zu werden, immer mehr junge Menschen versuchen, in die DDR zu gelangen. Zu einem ähnlichen Eingeständnis sah sich... der bayrische Innenminister Hoegner gezwungen. Er erklärte, daß vor allem „Wissenschaftler, Professoren, Ärzte und Künstler... in die DDR abwandern...“

27.6. 1953, ND

Köln: 70 Prozent der Arbeiter Westdeutschlands leben unter dem EXISTENZMINIMUM

Das Organ des DGB WELT DER ARBEIT berichtet über die Entwicklungslage der westdeutschen Bevölkerung seit 1948 ... Die Normalfamilie von 4 Köpfen- Existenzminimum 345 D-Mark im Monat.

Unter dem zum Leben notwendigen Existenzminimum liegen rund 70% der Arbeiter, der kleinen Angestellten... Rentner, Arbeitslose, Fürsorgeempfänger nicht mitgerechnet ...

Im Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni 1953 – 2013 gibt es eine Reihe von Veranstaltungen, Buchleseungen und öffentliche Ausstellungen.

Ausstellung zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR



10.06.2013–22.06.2013 City Carre Magdeburg.

Auffällig: Westdeutschland, die NATO usw. kommen in diesen „Volksaufstand“ nicht vor!

Hier noch einige verschwiegene Hintergründe.

Z.B. die freien Wahlen, die von der DDR gefordert wurden, von der BRD aber abgelehnt wurden.

Der Kanzler der BRD, Konrad Adenauer, im "Rheinischen Merkur" vom 20. Juli 1952:

"Was östlich von Werra und Elbe liegt sind Deutschlands unerlöste Provinzen. Daher heißt die Aufgabe nicht Wiedervereinigung sondern Befreiung. Das Wort Wiedervereinigung soll endlich verschwinden. Es hat schon zu viel Unheil gebracht. Befreiung sei die Parole."

1127/II/421

Anweisung 1 2 6

Betrifft

OPERATION DECO II

Ziel:

Befreiung der SBZ und Wiedervereinigung Deutschlands durch militärische Befreiung des mitteldeutschen Raumes bis zur Oder-Neiße-Linie.

Grundlage der Operation DECO II ist der am 29. September 1954 in London zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Garantie-Vertrag, wonach sich die Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten, bei einer deutschen militärischen Operation mit dem ausschließlichen Ziel der Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands, mit Beginn der militärischen Handlungen die Regierungen der Sowjetunion, Polens und der CSR dahingehend zu verständigen, dass sie (die Vereinigten Staaten von Amerika)

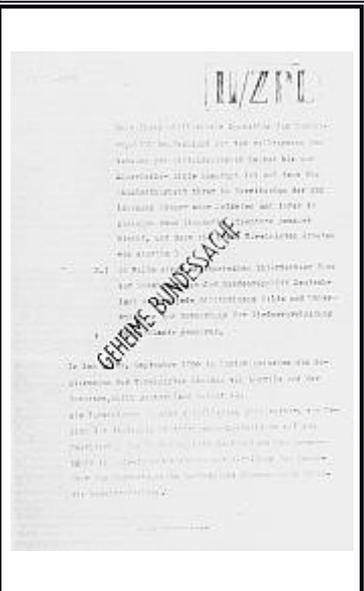
1. den Regierungen der Sowjetunion, Polens und der CSR die Garantie überreichen,



dass diese militärische Operation der Bundesrepublik Deutschland mit der vollzogenen Besetzung des mitteldeutschen Raumes bis zur Oder-Neiße-Linie beendet ist und dass die Unantastbarkeit ihrer im Territorium der SBZ lebenden Bürger oder Soldaten und ihren im gleichen Raum liegenden Eigentums gewahrt bleibt, und dass sie (die Vereinigten Staaten von Amerika)

2.) im Falle einer militärischen Intervention dieser Staatengruppe der Bundesrepublik Deutschland sofort jede militärische Hilfe und Unterstützung zur Erreichung der Wiedervereinigung Deutschlands gewähren.

In dem am 29. September 1954 in London zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland heisst es:
Die Vereinigten Staaten verpflichten sich weiter, vor Beginn der deutschen militärischen Operation auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland Truppenverbände in ausreichender Stärke zur Erfüllung der gegenüber der Bundesrepublik Deutschland übernommenen Garantie bereitzustellen.



1127/II/423
Ausfertigung 126
II / A 1 (Speidel)
II / C 4 (Oster)

OPERATION DECO II

Die Operation DECO II sieht ein schlagartiges Zusammenwirken von Land-, Luft- Seeverbänden, Propagandaeinheiten und den vor Anlaufen der militärischen Operationen nach Ostberlin und strategisch wichtigen Punkten der SBZ zu identifizierenden militärischen Einheiten vor.

Operation DECO II "Berlin"

Die nach Ostberlin eingeschleuften Verbände der 3. LSKG in Zivil besetzen zum Zeitpunkt "E" schlagartig sämtliche sowjetzonalen staatlichen und militärischen Dienst- und Kommandostellen, Telegraf- und Fernsprechämter, Reichsbahn- und Stadtbahnhöfe, Rundfunksender, Grossverlage, Staatsreservelager, Industrie- und Hafenanlagen, Ausfallstrassen und Grenzkontrollpunkte.

Zum Zeitpunkt "E" sind seitwärts Berlin starke Luftlandeverbände der 3. LSKG abzusetzen, die nach dem Westen vorstossen und jede aufkommende feindliche Handlung niederkämpfen. Sie vereinigen sich mit den von den Westsektoren nach Ostberlin vordringenden Trup-



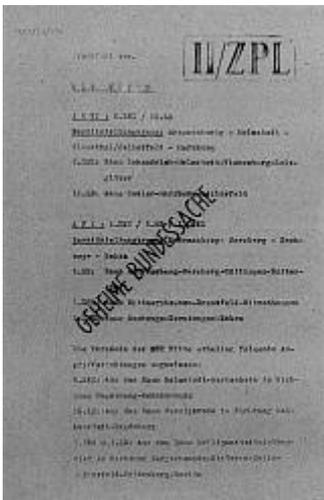
1127/II/423
pen des AK II.

Nach Besetzen der Rundfunk- und Presseinstitutionen durch Propagandaeinheiten ist die Bevölkerung der SBZ unverzüglich vom Anlaufen der Operation DECO II zu unterrichten und aufzufordern, zur Selbsthilfe zu schreiten, Gegenmaßnahmen ihre Unterstützung zu verweigern, die Betriebe zu besetzen und zusammen mit den infiltrierten Truppen staatliche, kommunale und politische Dienststellen zu säubern.

Die Angehörigen der sowjetzonalen Nationalarmee, der Polizei und sonstiger waffentragender Verbände sind aufzufordern, jeden Widerstand aufzugeben, die Waffen niederzulegen und sich bis zum Eintreffen der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland in ihren Unterkünften aufzuhalten.

Die westlich Berlins abzusetzenden Luftlandeverbände der 3. LSKG besetzen



<p>Potsdam und die Flughafenanlagen Werder, stellen die Verbindung mit den Truppen des AK II im Stadtgebiet Berlin her und stossen in nordwestlicher bis südöstlicher Richtung vor.</p> <p><u>Operation DECO II "Land"</u></p> <p>Aus den vollmotorisierten Verbänden der A K I, IV, V, VI, VII und VIII werden die HGR Nord, Mitte und Süd formiert, die mit Anlaufen der Operation aus der Tiefe ihrer Bereitstellungsräume heraus über die Demarkationslinie vorstossen.</p>	
<p>1127/II/423</p> <p><u>HGR NORD</u></p> <p><u>A K VIII</u> : 5. LSKG / 8.SKG / 8.SD</p> <p><u>Bereitstellungsraum</u>: Ratzeburg - Oldesloe - Uelzen - Wieren</p> <p>5.LSKG: Raum Ratzeburg-Oldesloe-Büchen-Schwarzenbeck 8.SKG: Raum Schwarzenbeck-Büchen-Lüneburg-Neetze 8. SD: Raum Lüneburg-Dahlemburg-Uelzen-Wieren</p> <p><u>A K VII</u> : 7.SD /17.LD / 6. LD</p> <p><u>Bereitstellungsraum</u>: Uelzen - Wieren - Braunschweig - Helmstedt</p> <p>7.SD: Raum Uelzen-Wieren-Eschede-Zasenbeck 17.LD:Raum Schönewörde-Wahrenholz-Platendorf-Parsauä6.LD: Raum Gifhorn-Fallerleben-Vorsfelde</p> <p>Die Verbände der 5.LSKG überschreiten im Raum Ratzeburg-Hollenbek die Demarkationslinie und stossen vor in Richtung Schwerin-Wismar-Rostock-Stralsund-Greifswald-Anklam-Pasewalk und vereinigen sich mit den See-Lande-Gruppen I-VI. Die Verbände der 8.SKG und 8.SD überschreiten massiert die Demarkationslinie im Raum Dömitz-Schmarsau in Richtung Wittenberge und stossen weiter auf Neuruppin-Eberswalde-Schwedt in den Raum Stettin. Die 7.SD und die 17.u.6.LD übernehmen die rechte Flanke und schirmen die Operationen im Nordraum ab. Sie treffen im Raum Neuruppin auf die Verbände der 8.SKG und der 8.SD und stossen mit diesen weiter in Richtung</p>	
<p>1127/II/423</p> <p>Frankfurt vor.</p> <p><u>HGR MITTE</u></p> <p><u>A K VI</u> : 6.SKG / 16.LD</p> <p><u>Bereitstellungsraum</u>: Braunschweig - Helmstedt - Clausthal/Zellerfeld - Harzburg</p> <p>6.SKG: Raum Schandelah-Helmstedt-Vienenburg-Salzgitter 16.LD: Raum Goslar-Harzburg-Zellerfeld</p> <p><u>A K I</u> : 1.SKG / 1.SD / 1.LSKG</p> <p><u>Bereitstellungsraum</u>: Andreasberg- Herzberg - Eschwege - Bebra</p> <p>1.SD: Raum Andreasberg-Herberg-Göttingen-Dutterstädt 1.SKG Raum Rittmarshausen-Dransfeld-Witzenhausen 1.LSKG Raum Eschwege-Gerstungen-Bebra</p> <p>Die Verbände der HGR Mitte erhalten folgende Angriffsrichtungen zugewiesen: 6.SKG: Aus dem Raum Helmstedt-Marienborn in Richtung Magdeburg-Brandenburg 16.LD: Aus den Raum Werzigerode in Richtung Halberstedt-Magdeburg 1.SKG u.1.SD: Aus dem Raum Heiligenstadt-?ried in Richtung Sangerhausen-Eisleben-Heile?tierfeld-Wittenberg-Berlin</p>	

<p>1127/II/423</p> <p>1.LSKG: Aus dem Raum Gerstungen-Wartha in Richtung Eisenach-Erfurt-Halle</p> <p><u>HGR SÜD</u></p> <p><u>AK IV</u>: 14.LD / 11.LD</p> <p><u>Bereitstellungsraum</u>: Fulda - Hilders - Geburg - Kronach</p> <p>14.LD: Raum Fulda-Hilders-?gen-Königshofen</p> <p>11.LD: Raum Stadtlauringen-Dietersdorf-Coburg-Kronach</p> <p><u>AK V</u>: 5.SD / 3.SKG / 4.SD / 2.SKG / 3.SKG</p> <p><u>Bereitstellungsraum</u>: Nordhalben - Selb - Lichtenfels - Neusorg</p> <p>4.SD: Nordhalbe-Bad Steben- Lichtenfels- Burgkundstadt</p> <p>5.SD: Raum Naila-Schwarzenbach-Helsbrechts</p> <p>3.SKG:Raum Kulmbach-Stadtsteinach-Neuenmarkt</p> <p>3.SKG:Raum Hof-Oberkotzau-Rehau</p> <p>5.LSKG:Raum Selb-Weissenstadt-Marktredtsitz</p> <p>Die leichten Verbände des AK IV übernehmen die linke Flanke der HGR Süd und stoßen von Meinigen-Fladengen und Lehssten-Nordhalben in den Raum Eisenach-Greiz-Leipzig.</p> <p>Schwerpunkt der Operation DECO II ist der rechte Flügel der HGR Süd, der mit massierten Panzer-</p>	
<p>verbänden aus dem Raum Hof entlang der tschechischen grenze in Richtung Plauen-Zwickau-Chemnitz Bre?lan-Cottbus vorstösst und gleichzeitig die Abschirmung gegen mögliche militärische Interventionen der CSR übernimmt.</p> <p style="text-align: center;"><u>II/A1</u></p> <p>Erkundung der Bereitstellungs- und Aufmarschräume. <u>Vorlage bis 15.5.1955 an II/01</u></p> <p style="text-align: center;"><u>OP</u></p> <p style="text-align: center;"><u>II/04</u></p> <p>Überprüfung wesentlicher als kriegswichtig anerkannter Objekte in Ostberlin und der SBZ betr. Möglichkeiten einer Besetzung durch infiltrierter Verbände bei Anlaufen der Operation DECO II und Sicherung bis zum Eintreffen der eigenen Streitkräfte oder Einsatz durch Luftlandeeinheiten.</p> <p style="text-align: center;"><u>Vorlage bis 15.3.1955 an II/01 OP</u></p> <p style="text-align: right;">Bonn, am 2.März 1955</p> <p style="text-align: center;">V.?.R.J.A. gez. Heusinger</p>	

Das Dokument DECO II stammt aus: "Deutsche Kriegsverbrecher wieder am Werk", Herausgeber Joseph Schwarzer, Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung 1959. Infos zu "Kohle" von Markus Wolf - Spionagechef im Geheimen Krieg, List-Verlag 1997, München, S. 118

Siehe ebenfalls:

Bernd Stöver - Befreiung des Ostens? Die CIA, der Westen und die Aufstände zwischen 1953 und 1956



Karikatur aus dem DDR-Satireheft "Eulenspiegel" über die strikte Nichtanerkennungspolitik der Bundesregierung. Konrad Adenauer führt die Reihe an.



Faschistische Provokateure stecken am 17. Juni 1953 das HO-Warenhaus am Potsdamer Platz in Berlin in Brand, um den Putsch zu schüren

USA-Außenminister Dulles faßte die diesbezüglichen Vorstellungen des USA-Imperialismus in seinem bereits genannten Buch "Krieg oder Frieden" in folgenden Worten zusammen: "Ein wiederbelebtes Deutschland ist ein großer Trumpf in den Händen des Westens. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert."

J. F. Dulles: Krieg oder Frieden. Wien/Stuttgart 1950, S. 163.



Adenauer unterzeichnet die Pariser Verträge, die die Eingliederung der BRD in die NATO bedeuten

Die Eingliederung der BRD in die NATO führte zu einer erheblichen Zunahme ihrer materiell-technischen Basis sowie zu einer beträchtlichen Steigerung ihrer Aggressivität.



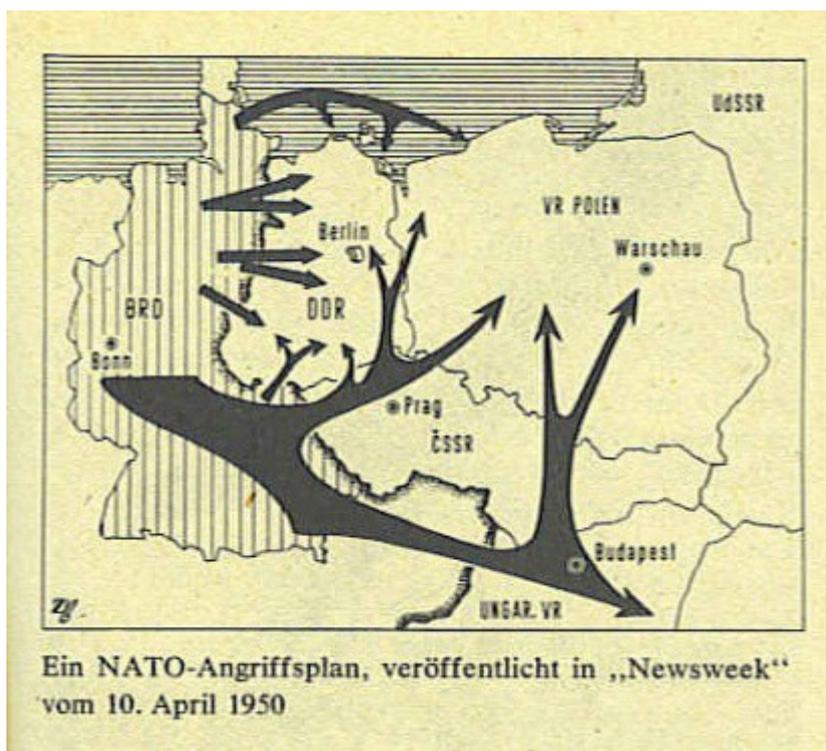
Die Armee der BRD erhält 1959 die ersten Raketen, die auch Atomsprenköpfe tragen können

Der Hauptstoß der "Politik der Stärke" richtete sich gegen die DDR.

In den ersten Jahren nach 1949 hatten die herrschenden Kreise der BRD gehofft, sich die nach Territorium, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft weit kleinere DDR schnell einverleiben zu können. Um dies möglichst reibungslos vollziehen zu können, war die Bundesregierung bemüht, die DDR als im Sinne des Völkerrechts nicht existierenden Staat hinzustellen. Es wurde behauptet, die DDR sei nur ein

besetztes Gebiet, das politisch von der BRD vertreten würde und rechtens zu ihr gehöre. Diese seit 1949 ständig vorgetragene Alleinvertretungsanmaßung hatte den Zweck, die Einverleibung nicht als Aggression im Sinne des Völkerrechts, sondern nur als innerdeutsche Polizeiaktion erscheinen zu lassen. Dem gleichen Ziel diene die 1955 formulierte sogenannte Hallstein-Doktrin. Sie beinhaltete die Forderung der BRD-Regierung, daß die DDR nicht völkerrechtlich anerkannt werden dürfe. Staaten, die dies dennoch taten, drohte die BRD mit Vergeltungsmaßnahmen.

Die Vernichtung der sozialistischen Länder blieb in den fünfziger Jahren das außenpolitische Hauptziel des Weltimperialismus unter Führung der USA. Nachdem aber in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre die imperialistische Konzeption von der "Zurückdrängung des Kommunismus" durch "Eindämmung" gescheitert war, griffen die USA – zu dem Mittel der Diversion und Aggression, um den Sozialismus gewaltsam "zurückzurollen". USA-Außenminister Dulles, der diese neue Strategie 1950 in seinem Buch "Krieg oder Frieden" ("War or Peace") entwickelte, bemühte sich jedoch sehr, diesen antikommunistischen Kreuzzug als "Weltkampf um Freiheit" darzustellen. Die von ihm entwickelte Doktrin der "Befreiung" sah die direkte Einmischung der imperialistischen Staaten in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder vor. Ihr Ziel war die gewaltsame Beseitigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.



Das entscheidende Kettenglied in der Strategie des USA-Imperialismus gegen die sozialistischen Staaten Europas war aber die imperialistische BRD. USA-Außenminister Dulles faßte die diesbezüglichen Vorstellungen des USA-Imperialismus in seinem bereits genannten Buch "Krieg oder Frieden" in folgenden Worten zusammen: *"Ein wiederbelebtes Deutschland ist ein großer Trumpf in den Händen des Westens. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert."*(1)

Daher drängten die USA gemeinsam mit den herrschenden Kreisen der BRD auf deren Eingliederung in die NATO. Diese Eingliederung verzögerte sich durch den starken Widerstand der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern und durch tiefe Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten. 1952 wurde als Umweg das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ausgeklügelt. Einflußreiche Kreise der französischen Großbourgeoisie lehnten die EVG aber ab, weil sie darin eine Gefahr für die eigenen Vorherrschaftspläne in Westeuropa sahen. Vor allem aber scheiterte das EVG-Projekt am massiven Widerstand der friedliebenden Menschen der betroffenen Länder. Die aggressiven Kreise der USA-Monopolbourgeoisie sahen ihre Pläne ernsthaft gefährdet. Sie griffen deshalb zum Mittel politischer Drohung und wirtschaftlicher Erpressung der von ihnen abhängigen kapitalistischen Länder. Auf diese Weise gelang es den USA schließlich, die NATO-Mächte im Oktober 1954 zur Unterzeichnung der sogenannten Pariser Verträge zu veranlassen, die am 5. Mai 1955 in Kraft traten. Diese Verträge gestatteten der BRD den Beitritt zur NATO und ermöglichten ihr, auf die Politik der NATO Einfluß zu gewinnen. Die Eingliederung der BRD in die NATO führte zu einer erheblichen Zunahme ihrer materiell-technischen Basis sowie zu einer beträchtlichen Steigerung ihrer Aggressivität.



Adenauer unterzeichnet die Pariser Verträge, die die Eingliederung der BRD in die NATO bedeuten

Die Aufnahme der BRD in die NATO gab den imperialistischen Kräften in diesem Lande beträchtlichen Auftrieb. Sie setzten alles daran, um – entsprechend den strategischen Vorstellungen des USA-Imperialismus – die BRD zur "Speerspitze" des Weltimperialismus im Kampf gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder Europas zu machen. Dabei verkündeten die herrschenden Kreise der BRD immer unverhüllter die aggressiven und revanchistischen Ziele ihres außenpolitischen Programms. Es ging ihnen vor allem um die Wiedererrichtung eines imperialistischen Großdeutschlands in den Grenzen von 1937. Dazu entwarfen sie ein abenteuerliches Eroberungsprogramm, das sich gegen die DDR, die Volksrepublik Polen, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei richtete. Es ging diesen Kreisen aber auch um die Beseitigung des sozialistischen Gesellschaftssystems und um eine territoriale Neuordnung Mittel- und Osteuropas. Als Hauptinstrument der Verwirklichung ihrer aggressiven und revanchistischen Ziele betrachtete die Regierung der BRD die sogenannte "Politik der Stärke". Diese "Stärke" sollte erreicht werden durch

wirtschaftliche Macht, durch Remilitarisierung und durch die Verstärkung der eigenen Potenzen über die NATO, wo die BRD deshalb nach Kommandostellen strebte.



Die Armee der BRD erhält 1959 die ersten Raketen, die auch Atomsprenghöpfe tragen können

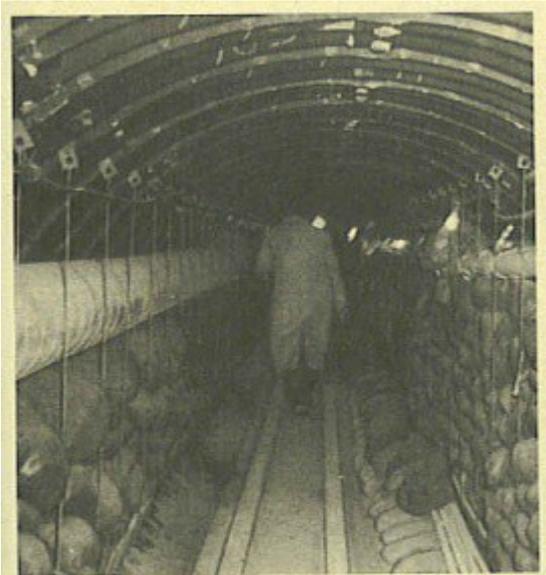
Der Hauptstoß der "Politik der Stärke" richtete sich gegen die DDR. In den ersten Jahren nach 1949 hatten die herrschenden Kreise der BRD gehofft, sich die nach Territorium, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft weit kleinere DDR schnell einverleiben zu können. Um dies möglichst reibungslos vollziehen zu können, war die Bundesregierung bemüht, die DDR als im Sinne des Völkerrechts nicht existierenden Staat hinzustellen. Es wurde behauptet, die DDR sei nur ein besetztes Gebiet, das politisch von der BRD vertreten würde und rechtens zu ihr gehöre. Diese seit 1949 ständig vorgetragene Alleinvertretungsanmaßung hatte den Zweck, die Einverleibung nicht als Aggression im Sinne des Völkerrechts, sondern nur als innerdeutsche Polizeiaktion erscheinen zu lassen. Dem gleichen Ziel diente die 1955 formulierte sogenannte Hallstein-Doktrin. Sie beinhaltete die Forderung der BRD-Regierung, daß die DDR nicht völkerrechtlich anerkannt werden dürfe. Staaten, die dies dennoch taten, drohte die BRD mit Vergeltungsmaßnahmen.

Die geplante Einverleibung der DDR

Die Politik der BRD gegenüber der DDR war bis 1961 ein ständiger verdeckter Krieg. Das Konzept für die Eroberung der DDR war folgendes:
Zunächst sollten

- a) durch wirtschaftliche Störmaßnahmen,
- b) durch propagandistische Beeinflussung der DDR-Bürger,
- c) durch die Organisierung einer illegalen Auswanderung aus der DDR und
- d) durch direkte Spionage und Sabotage in der DDR

Unruhen erzeugt und Putschsituationen herbeigeführt werden. Alsdann sollten die imperialistischen Staaten gemeinsam mit der BRD den Putschisten zu Hilfe eilen und die DDR beseitigen.



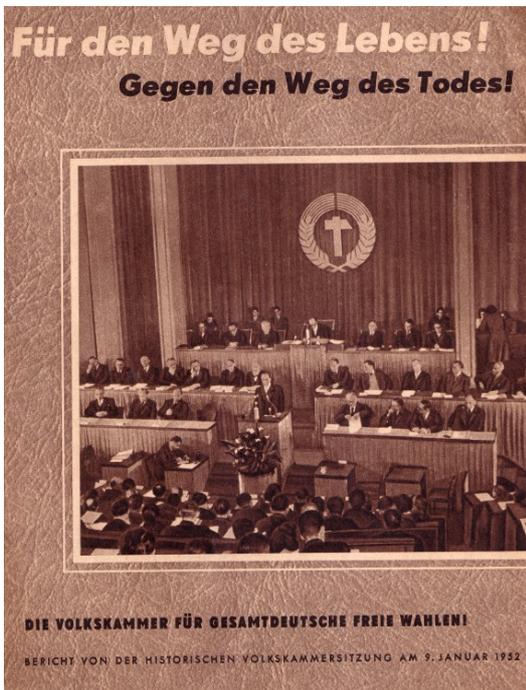
Spionagetunnel der USA unter der Schönfelder Chaussee in Berlin. Der USA-Geheimdienst hatte hier die Telefonleitungen der Deutschen Post und der sowjetischen Streitkräfte angezapft. Der 300 Meter lange Tunnel wurde noch vor der endgültigen Inbetriebnahme mit Hilfe eines sowjetischen Kundschafters entdeckt

Eine besondere Rolle spielte bei diesem Vorgehen Westberlin, das systematisch zu einem Störzentrum gegen die DDR, als Vorposten des kalten Krieges ausgebaut wurde. Anfang der sechziger Jahre glaubten die imperialistischen Kreise der BRD, genug "Stärke" akkumuliert zu haben, um offensiv mit der Verwirklichung ihres aggressiven und revanchistischen Programms beginnen zu können.



"Aufständische" tragen eine SED Forderung

**9. Januar 1952,
DDR**



Gesamtdeutsche Wahlen, das Tor zur Einheit Deutschlands

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl.

Meine Damen und Herren! Das Jahr 1951 war das Jahr der Entfaltung des nationalen Bewußtseins und der nationalen Verantwortung im deutschen Volke. Aus Bewußtsein und Verantwortung steigerte das deutsche Volk seinen Kampf um die Erringung der nationalen Einheit und um die beschleunigte Erlangung eines Friedensvertrages.

Wenn dieser Kampf bisher auch noch nicht den entscheidenden Erfolg brachte, so war er doch keineswegs vergeblich.

Das deutsche Volk wurde sich in diesem Jahre seiner gefährvollen nationalen Situation bewußt. Es hat in seiner übergroßen Mehrheit erkannt, daß die amerikanische Politik Adenauers auf keinen Fall zur Wiederherstellung eines unabhängigen, einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands führt, sondern daß die Remilitarisierung Westdeutschlands, seine Einbeziehung in den Atlantikkriegspakt die Spaltung vertieft und geradewegs zu einer neuen Katastrophe führt.

Ein solches Deutschland wird zu einem Spielball in den Händen der amerikanischen Weltherrschaftsanwärter, eine willkommene Beute der internationalen Kanonenkönige, eine Ausgangsbasis für den neuen Weltbrand, der Deutschland in allen seinen Teilen für immer auslöschen würde.

Das ist der Weg Adenauers, es ist der Weg des Krieges, der Vernichtung und des Todes.

Eine solche Entwicklung aber muß und kann verhindert werden. Die patriotischen Kräfte unseres Volkes müssen die Sache der deutschen Nation im Jahre 1952 noch mehr in ihre eigenen Hände nehmen. Sie müssen den Weg des Friedens und der Einheit gehen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist nicht gewillt, den von ihr beschrittenen Weg der friedlichen Verständigung der Deutschen untereinander im Jahre 1952 zu verlassen. Unser Standpunkt zur Wiederherstellung der deutschen Einheit ist eindeutig und klar: **Die Wiedervereinigung Deutschlands darf nur auf friedlichem Wege und kann nur auf der Basis der Verständigung der Deutschen untereinander erfolgen.**

Die Erreichung dieses Ziels sollte angestrebt werden durch mein Schreiben, das ich am 30. November 1950 an Herrn Dr. Adenauer richtete. In diesem Schreiben schlug ich damals die Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden deutschen Rates aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands vor, dessen Aufgabe es sein sollte, die Verständigung der Deutschen untereinander und die Bedingungen zur

Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung vorzubereiten.

Herr Adenauer wollte keine Verständigung der Deutschen untereinander. Er fand lange keine Antwort auf meine Vorschläge. Erst nach sieben Wochen, am 15. Januar 1951, gab er eine Erklärung ab, in der er sogenannte „unabdingbare“ Voraussetzungen aufstellte, deren politischer Inhalt die Forderung nach bedingungsloser Eingliederung der Deutschen Demokratischen Republik in das amerikanische Atlantikpaktsystem erkennen ließ.

Am 30. Januar 1951 ergriffen wir erneut die Initiative. Die Volkskammer wandte sich mit einem Appell an den westdeutschen Bundestag, um eine Verständigung über alle Fragen herbeizuführen, die zur Sicherung des Friedens und zur Wiedervereinigung Deutschlands zu lösen sind. Die Volkskammer erklärte sich bereit, in den Verhandlungen alle auftretenden Fragen, auch solche, deren Lösung Adenauer als „unabdingbar“ bezeichnete, im Geiste ehrlicher Verständigung zu klären.

Am 5. März 1951 appellierte die Volkskammer wiederum an den Bundestag und forderte ihn auf, einen gemeinsamen Vorschlag beider Parlamente zur beschleunigten Herbeiführung eines Friedensvertrages an die vier Großmächte zu richten.

Während dieser ganzen Zeit wurde die Remilitarisierung Westdeutschlands in schnellem Tempo vorangetrieben. Obgleich das ganze deutsche Volk diese Kriegsvorbereitungen mit eigenen Augen sah, erklärte Adenauer am 9. März vorigen Jahres vor dem Bundestag, es gäbe „in Westdeutschland keine Remilitarisierung“. Mit dieser Lüge versuchte Adenauer, das deutsche Volk zu betrügen und die dringenden Appelle der Deutschen Demokratischen Republik gegenstandslos zu machen. Daß es eine Lüge war, zeigte uns Adenauer am 23. November 1951 bei seiner Rückkehr von der Pariser Konferenz mit den Worten: „Die Leistung eines Verteidigungsbeitrages war grundlegend“. Gleichzeitig damit trat Adenauer offen als Anwalt der amerikanischen imperialistischen Gewaltpolitik auf.

Dieser Politik des offenen nationalen Verrats trat das deutsche Volk entschlossen entgegen. Regierung und Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik forderten am 14. März 1951 die Verstärkung des nationalen Widerstandes gegen die Remilitarisierungspolitik Adenauers.

Westdeutsche Patrioten und Friedenskämpfer nahmen diesen Appell auf. Am 14. April konstituierte sich in Essen der Hauptausschuß der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den

Abschluß eines Friedensvertrages. Es ist bekannt, daß die Volksbefragung sowohl in der Deutschen Demokratischen Republik als auch in Westdeutschland zu einem überwältigenden Ergebnis führte. Über 16½ Millionen Deutsche stimmten insgesamt gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages noch im Jahre 1951. **Kein Terror und keine Verfolgung in Westdeutschland konnte verhindern, daß überall da, wo die Volksbefragung trotz des Adenauerschen Verbotes durchgeführt werden konnte, über 90 Prozent der Befragten gegen die Remilitarisierung stimmten.**

Trotzdem und ohne das deutsche Volk zu befragen, faßten die imperialistischen Westmächte auf ihrer Konferenz in Washington im September 1951 Beschlüsse, die genaue Bedingungen für die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in den Atlantikkriegspakt festlegten. Diese Beschlüsse steigerten die Kriegsgefahr auf das höchste.

Die Gefahr, in die Deutschland dadurch geriet, veranlaßte mich, der Volkskammer am 15. September im Namen der Regierung vorzuschlagen, an den Bundestag heranzutreten, die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschlands, um über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaf-

fung der Einheit Deutschlands sowie über die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages zu verhandeln.

Die Ablehnung auch dieses Volkskammerappells durch Adenauer offenbarte seine wirklichen Absichten. Anstatt sich zu der vorgeschlagenen gesamtdeutschen Beratung zu äußern, benutzte Adenauer unseren Vorschlag, um 14 Punkte einer Wahlordnung zu entwickeln, deren Inhalt die Einsetzung einer Kontrollkommission der UN war, die die Voraussetzungen von Wahlen in ganz Deutschland prüfen soll.

Wir haben an diesen Voraussetzungen niemals gezweifelt. Man braucht nichts als ein brauchbares Wahlgesetz, um freie Wahlen durchzuführen.

Die Volkskammer ermächtigte darum am 2. November 1951 die Regierung zur Einsetzung einer Wahlkommission für die Schaffung eines deutschen Wahlgesetzes.

Adenauer aber will nicht wählen, sondern er will die Verwirklichung der Washingtoner Beschlüsse sichern. Daher seine Abneigung, mit uns zu verhandeln, daher seine Zuneigung zu den Amerikanern. Die Verwirklichung der Washingtoner Beschlüsse aber bedeutet Aufrüstung und Krieg. Das will Adenauer. **Die Verwirklichung unserer Vorschläge bedeutet den friedlichen Weg zur Einheit und zu einem Friedensvertrag. Das will das deutsche Volk.**

Bonn geht den Weg des Todes

Wie im vergangenen Jahr, so können auch an der Schwelle des neuen Jahres die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und das deutsche Volk nicht zu den Tatsachen schweigen, die die Kriegsgefahr erheblich näher rücken und die Existenz und Zukunft aller europäischen Völker bedrohen.

Als im vergangenen September die westlichen Alliierten in Washington über die Realisierung der Remilitarisierung Westdeutschlands und seiner Eingliederung in den kriegerischen Nordatlantikpakt verhandelten, habe ich am 15. September 1951 hier vor der Volkskammer erklärt: „Es ist für jedermann klar, daß diese Konferenz eine neue Etappe in der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und in der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges in Europa einleiten soll.“ Heute, ein Vierteljahr später, müssen wir sagen, daß die in Washington begonnene neue Etappe der Einleitung der deutschen Remilitarisierung und der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges in Europa inzwischen in das Abschlußstadium eingetreten ist.

Zwei Dinge zeigen uns das unabweisbar.

Der Schuman-Plan einer westeuropäischen Montan-Union als wirtschaftlicher Eckpfeiler im Gesamtgebäude der Kriegsvorbereitungen steht heute vor dem Bonner Bundestag zur parlamentarischen Entscheidung, und die politische Vorbereitung der Eingliederung Westdeutschlands in die westliche Kriegsbündnisallianz ist durch den von Adenauer verein-

barten Generalvertrag bis an die Grenze der unmittelbaren Verwirklichung herangeführt. Damit ist der Weg zur konkreten, unmittelbaren Remilitarisierung Westdeutschlands eingeschlagen worden. Der dritte Weltkrieg tritt vom Stadium der Projektierung in das Stadium der unmittelbaren Vorbereitung.

Wenn heute das Bonner Parlament den Schuman-Plan berät, dann darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß ein Ja zum Schuman-Plan zwangsläufig auch zum Ja für den Generalvertrag, d. h. für den Verzicht auf Friedensvertrag und Räumung, zum Ja für die Remilitarisierung, zum Ja für den dritten Weltkrieg führen muß. Wer heute im Bundestag den ersten Schritt der wirtschaftlichen Grundsteinlegung für die Rüstungsindustrie Westdeutschlands unternimmt, muß morgen den Schritt der Remilitarisierung vollziehen und übermorgen den Marsch auf das Schlachtfeld antreten.

Wir rufen die Abgeordneten des Bonner Bundestages darum heute noch einmal auf, sich der ganzen Schwere dieser Situation bewußt zu sein und eine Beschlußfassung abzulehnen. Die Entscheidung über eine so entscheidende Schicksalsfrage ist eine Sache des ganzen Volkes, das sofort durch gesamtdeutsche Wahlen zu einer Nationalversammlung über diese Fragen, über die Frage von Krieg oder Frieden, selbst entscheiden muß.